

## Antrag auf Gewährung eines Zuschusses für eintägige Ausflüge und mehrtägige Klassenfahrten / Kinderfreizeiten im Rahmen des § 34 (2) Nr. 1 und 2 SGB XII

<b>Ich/Wir beziehen folgende Leistungen:</b>				
<input type="checkbox"/> SGB II	<input type="checkbox"/> Wohngeld	<input type="checkbox"/> Kinderzuschlag	<input type="checkbox"/> SGB XII	<input type="checkbox"/> Asyl

<b>Name, Vorname:</b> (der Antragstellerin/des Antragstellers)	<b>Aktenzeichen:</b>
<input type="text"/>	<input type="text"/>

Name, Vorname des Kindes / Schülers / der Schülerin:		Geburtsdatum:
<input type="text"/>		<input type="text"/>
Anschrift:		
<input type="text"/>		
Schule / Kindertageseinrichtung:		Klasse:
<input type="text"/>		<input type="text"/>
Zeitraum der Klassenfahrt / des Ausfluges (vom – bis / am):	Kosten pro Teilnehmer / Teilnehmerin (ohne Taschengeld):	
<input type="text"/>	<input type="text"/>	
Fahrtziel:		
<input type="text"/>		

Als Erziehungsberechtigte/Erziehungsberechtigter, Schüler/Schülerin stelle ich einen Antrag auf Gewährung eines Zuschusses zu der geplanten mehrtägigen Klassenfahrt / zu dem geplanten Ausflug.

\_\_\_\_\_  
Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift  
(bei Kindern/Schülern unter 18 Jahren des gesetzlichen Vertreters)

Bitte nachfolgenden Hinweis beachten und die **Bestätigung (Blatt 2 des Antrages)** von der Schule / der Kindertageseinrichtung ausfüllen lassen.

### Hinweis:

Nicht vollständig ausgefüllte Anträge können nicht bearbeitet werden. Dies kann zu Verzögerungen oder zur Ablehnung des Antrages führen.

(von der Schule/der Kindertageseinrichtung auszufüllen)

Name des Kindes / Schülers / der Schülerin: <input type="text"/>	Geburtsdatum: <input type="text"/>
---	---------------------------------------

### Bestätigung der Schule / der Kindertageseinrichtung

Angaben zur mehrtägigen Klassenfahrt / zum eintägigen Ausflug:

eintägiger Ausflug       mehrtägige Klassenfahrt / Kinderfreizeit       Abschlussfahrt

am/vom  bis  nach

Kosten des Ausfluges / der Fahrt je Kind / je Schüler / je Schülerin  EUR.

Der Schulträger/Förderverein übernimmt einen Betrag in Höhe von  EUR.

Der Teilnehmerbetrag soll unter Angabe des Verwendungszweckes

in voller Höhe bis spätestens zum  bzw. in Teilbeträgen (Betrag und Fälligkeit)

auf folgendes Konto eingezahlt werden:

Kreditinstitut:

BIC:  IBAN:

Kontoinhaber:   
(des Schulkontos / des Klassenkontos / des Gruppenkontos)

#### **NUR für eintägige Ausflüge, soweit keine Überweisung möglich:**

Barzahlung vereinbart / erforderlich:  
 ja       nein      Barzahlung an:

Bitte geeigneten Nachweis, z.B. das Informationsschreiben oder den Elternbrief beifügen.

**Personenbezogene Daten werden zur Bearbeitung und Durchführung von Überweisungen in einer Anlage zur automatisierten Datenverarbeitung gespeichert. Zur Durchführung der Überweisungen werden die notwendigen Daten an Dritte weitergegeben.**

Datum: <input type="text"/>	Unterschrift und Stempel der Schule / der Kindertageseinrichtung
--------------------------------	--

**Name und Anschrift der Schule / der Kindertageseinrichtung :**

## Informationen gemäß Artikel 13 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Gemäß Art. 13 DSGVO sind wir verpflichtet, Sie über die wesentlichen Inhalte der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit der gewünschten Verwaltungshandlung zu informieren.

<b>Kontaktdaten</b>	Verantwortlicher gem. Art. 4 Ziffer 7 DSGVO für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist:	Der Kreisausschuss des Kreises Offenbach Werner-Hilpert-Straße 1, 63128 Dietzenbach Telefon: 06074 8180-0, E-Mail: info@kreis-offenbach.de
	Name und Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten gem. Art. 37 ff. DSGVO in Verbindung mit §§ 5 ff. HDSIG	Datenschutzbeauftragter Werner-Hilpert-Straße 1, 63128 Dietzenbach Telefon: 06074 8180-5408 E-Mail: datenschutz@kreis-offenbach.de

### Ihre Rechte als Betroffene/r:

Als betroffene Person informieren wir Sie darüber, dass Sie ein Recht auf Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten gem. Art. 15 DSGVO, ein Recht auf Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten gem. Art. 16 DSGVO, ein Recht auf Daten gem. Art. 17 DSGVO, ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung gem. Art. 18 DSGVO, ein Recht auf Datenübertragbarkeit bei Vorliegen der Voraussetzungen des Art. 20 DSGVO sowie in den Fällen des Art. 21 Abs. 1 und 2 DSGVO ein Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung haben.

Sofern die Datenverarbeitung auf Grundlage Ihrer Einwilligung erfolgt, haben Sie das Recht, diese im Sinne von

Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

Weiterhin haben Sie die Möglichkeit, sich wegen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zu beschweren.

### Zuständige Aufsichtsbehörde:

Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Postfach 3163, 65021 Wiesbaden

<b>Umfang der Verarbeitung</b>	Die von Ihnen erhobenen personenbezogenen Daten werden zu folgendem Zweck verarbeitet:	Bearbeitung des Antrages nach Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII)
	Die Rechtsgrundlage für die oben geschilderte Datenverarbeitung findet sich in:	Art. 6 Abs. 1 Buchst. c und e EU-DSGVO, §§ 67ff. SGB X, § 35 SGB I sowie ggf. Art. 9 Abs. 2 Buchst. b und f EU-DSGVO
	Ihre Daten werden zum Zwecke der Bearbeitung Ihres Anliegens an folgende Empfänger weitergeleitet:	Behörden, Gerichte, Leistungsanbieter, Einrichtungsträger, Unterhaltsverpflichtete, Sozialleistungsträger, Kranken- und Pflegeversicherung (soweit im Antragsverfahren erforderlich).
	Ihre Daten werden bei uns entsprechend den rechtlichen Vorgaben für die nebenstehende Dauer gespeichert. Danach werden diese gelöscht:	In der Regel 5 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Sozialverwaltungsverfahren abgeschlossen wurde.
	Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist aus folgendem Grund erforderlich:	Die Bereitstellung ist gesetzlich vorgeschrieben.
	Folgen im Falle, dass Sie nicht bereit sind, die erforderlichen Daten zur Verfügung zu stellen:	Die beantragten Leistungen können nicht – oder ggf. nur mit erheblicher zeitlicher Verzögerung - bewilligt werden.